

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 22.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 85 Pf. Einzelhefte in die Postzeitungsstelle Nr. 6088.

Hannover
Sonnabend, 2. November 1901.

Geschäftsrate pro 8 gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 6. Verlag: Klotzstr. 46.

10. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Resolution zur Wohnungsfrage.

Die Wohnungsfrage ist eine allgemeine, Land und Stadt betreffende Erscheinung. In den industriellen Bezirken wird sie veranlaßt durch die Zusammenballung der Bevölkerung auf räumlich beschränktes Gebiet, die eine unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise ist.

Hier treibt das Privateigentum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkungen die Grundrente rasch und maßlos in die Höhe;

hier laßt sich die Wohnungsnot in einer schnellen Steigerung der Mieten. Diese sind um so höher, je kleiner und schlechter die Wohnungen sind, und verschlingen einen stets wachsenden Theil des Einkommens der Mieter. Die hohen Mieten zwingen zur Aufnahme von Altermietern und Schlafgängern und erzeugen ein Zwischenmietverhältnis, das die ärmsten Schichten jederseits ausbeutet;

hier schafft die ungemessene Ausnutzung des Grund und Bodens durch die unhygienische Aussperrung von Licht und Luft und durch die unhygienische Zusammendrängung von Wohnungen gefährliche Seuchenerde;

hier züchtet die Ueberfüllung der Wohnungen die schwersten gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Schäden.

Gegen diese gewaltige gesellschaftliche Erscheinung der Wohnungsnot erweisen sich die Heilmittel der bürgerlichen Wohnungsreformer als unzulänglich, theils ihrem Wesen, theils der Art ihrer Durchführung nach, wie sie diese die in Staat und Gemeinde herrschenden politischen Machtverhältnisse bedingt wird. Eine wirkliche Bekämpfung der Wohnungsnot hat zur Voraussetzung einen bestimmten Einfluß des organisierten Proletariats auf Staat und Gemeinde. Dieser allein garantiert, daß die große und vielseitige Aufgabe in ihrem ganzen Umfange und mit allen erforderlichen Mitteln in Angriff genommen wird.

Als solche Mittel fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands in erster Linie:

1. Von den Gemeinden:

- Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
- Erhebung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
- Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittelung der Wohnungsvermittlung;
- Verbesserung der Bauordnungen und rechtzeitige Ausführung derselben auf die noch ungebauten Grundstücke;
- Reform des kommunalen Steuerwesens;
- Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigener Regie.

2. Von den Einzelstaaten:

- Erlass der bestehenden Kommunal-Wahlssysteme durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgedehnt auf alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts;
- Wählige Selbstverwaltung der Gemeinden;
- Erweiterung des Enteignungsrechtes der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten (vergl. 3a);
- Reform der Eisenbahntaripolitik.

3. Vom Reiche:

- Erlass eines Reichswohnungsgesetzes (enthaltend u. A. Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
- Errichtung eines Reichswohnungsamts (Ueberwachung und Erforschung des gesamten Wohnungswesens, Zentralbehörde für Wohnungsstatistik);
- Reform des Mietrechts, des Mietprozesses, der Zwangsvollstreckung.

In der Thätigkeit der Bau-Genossenschaften, soweit sie auf der Grundlage des gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind und keinen Spekulanten-Interessen Vorzug leisten, erblickt der Parteitag eine zeitweilig nützliche Ergänzung der von den Gemeinden, Staaten

und dem Reiche zu ergreifenden Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot; der Parteitag warnt aber vor einer Ueberschätzung der Bedeutung der Bau-Genossenschaften.

Die Gewährung öffentlicher Mittel zum Hausbau an Privatpersonen oder Gesellschaften für den Bau von Arbeiterwohnungen im Unternehmer-Interesse oder zum Uebergang in privaten Besitz ist zu bekämpfen.

Wohltätigkeitsanstalten auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind zu verwerfen.

Herstellung von Arbeiterwohnungen durch Arbeitgeber für ihre Arbeiter bringt diese in die schlimmste Abhängigkeit und schafft die größte Gefahr für ihre politische und soziale Selbstständigkeit.

Die Durchsetzung unserer Forderungen wird gehemmt durch die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse, durch die Machtstellung der besitzenden Klassen in den parlamentarischen Körperschaften und besonders durch die Vorrechte der Hausbesitzer in den Gemeindevertretungen. Der Kampf gegen die Wohnungsnot ist in letzter Linie ein Kampf der Arbeiterklasse um die politische Macht in Staat und Gemeinde. So mündet auch der Kampf gegen die Wohnungsnot in den großen Emanzipationskampf des Proletariats.

Resolution zur Zollpolitik.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Lübeck erklärt:

Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antezedentien seiner Väter gehegt werden konnten.

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit aufs tödtlichste verletzt, wohingegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrariertums und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten und schamlosesten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brot- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Aushungerung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriefeudalismus; er bedingt ferner mit Nothwendigkeit die Verfeindung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolierung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volks- und kulturfeindlichste Machwerk, das man einer zivilisierten Nation zumuthen kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestirt mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutallsten Agrar- und Großunternehmerinteresse diktierten Tarifentwurf; er richtet an die gesammte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterschied der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unzweideutigsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Insbondere sollten auch die der Arbeiterklasse angehörigen Wähler den von ihnen in den Reichstag Gewählten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarifentwurf seine Zustimmung giebt, ein Verräther am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Vertreter zu sein.

Ein Kulturbild aus Rothenburgsort.

Von Louise Ziech.

In den Gerb- und Farbstoffwerken von G. Renner u. Co., Hamburg, sind, wie wohl sonst selten, sämtliche Praktiken zur Anwendung gelangt, um das größtmögliche Quantum Arbeitsleistung für möglichst geringen Lohn den dort beschäftigten Arbeitern zu erpressen.

Wir finden hier die Akkordarbeit, Klassenlöhne, Einbehaltung des Lohnes für die letzten 3 Tage bei wöchentlicher Lohnzahlung, Tag- und Nachtarbeit, Lohnberechnung für täglich 10 Stunden bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit, erklüßte Pausen und Verhängung von geradezu ungenügend zu nennenden Strafen. In allem Ueberfluß die äußerst ungesunde Art der Arbeit.

Schon beim Zerlegen des Roth- und Blauholzes, beim Zerschneiden in Bohlscheite, bei den Raspmaschinen, mehr noch beim Zermahlen der so giftigen Mimosorinde und der Marbalon-Rinde entwickelt sich ein außerordentlicher Staub, der nicht nur der Kleidung anhaftet, Gesicht und Hände roth oder blau färbt, sondern auch in die Athmungsorgane eindringt, mit dem Speichel in den Magen befördert und überall seine verheerende Wirkung ausübt. Wenn bei der Bearbeitung des Blauholzes schon die abgehärtete Haut im Gesicht und an den Armen und Händen angegriffen wird und sich mit einem leichten Ausschlag überzieht, kann man ermesen, wie zerstörend der Staub auf die Schleimhäute der Athmungsorgane und im Magen wirkt. Noch weit gefährlicher ist der Staub der Marbalonrinde und Mimosorinde. Wirkt beim Zerkleinern der Rohmaterialien der Staub so gesundheitszerstörend, so beim Auslösen derselben der Dunst und die Hitze. Unter dem Dunst und der Hitze haben auch die Arbeiter sehr zu leiden, die, nachdem Holz, Rinde u. s. w. ausgelocht sind, die Bottiche wieder auszutragen haben.

Die Arbeitszeit ist sowohl für die Nacht- und Tagsschichten eine 10 1/2 stündige. Von 6-6 mit einstündiger Mittags- und 1/2 stündiger Frühstückspause.

Wie schon oben erwähnt, werden pro Schicht nur 10 Stunden berechnet. Den Akkordarbeitern kann es ja gleich sein, aber die Tagelohnarbeiter, die ohnehin so jammervoll verdienen, büßen allwöchentlich für drei Arbeitsstunden ihren sauer verdienten Lohn ein. Die Firma jedoch fädel, außer dem Mehrwerth, den sie auf Grund der niedrigen Entlohnung ohnehin den Arbeitern erpreßt, allwöchentlich ein hübsches Stümmchen dabei ein. Den Tagelohnarbeitern werden Stundenlöhne von 30, 32, 33, auch hin und wieder von 35 und 37 Pfg. bezahlt. Es liegen mir Lohnzettel vor, wonach Arbeiter in einer Woche bei 60 Stunden 16,90 Mk., bei 63 Stunden 18,75 Mk., bei 60 Stunden 16,85 Mk., bei 60 Stunden und etwas Akkord 19,85 Mk., jedesmal nach Abzug von 15 Pfg. Invalidentbeiträgen, verdient haben. Man denke, bei den außerordentlich hohen Mieten und Lebensmittelpreisen in Hamburg, und wo es durchweg Familienväter einer zahlreichen Familie sind, was man mit dem Bohne beginnen soll. Kartoffeln und nochmals Kartoffeln bilden die Hauptnahrung, wo bei der ungesunden und intensiven Arbeit eine gute, reichliche Kost um so nöthiger wäre. Daß die Tagelohnarbeiter angestrengt arbeiten müssen, dafür hat die Fabrikleitung durch einen schlaun Trick gesorgt. Die Arbeiter an den Schneide- und Raspmaschinen sind durch die Art der Entlohnung (Akkord) zur intensiven Arbeit aufgepeitscht; je mehr sie schneiden und raspeln, desto mehr muß der Ablarrer natürlich fortzuschaffen, doch diese sind meistens in Tagelohn. Wird ein Tagelohnarbeiter entlassen, erhält er für die letzte Woche pro Tag für 10 1/2 Stunden Lohn ausbezahlt. Die Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß das geschieht, damit die Praktiken der Firma nicht vor dem Gewerbegericht niedriger gehängt werden können.

Den Akkordarbeitern hat man permanent die Akkordhöhe erniedrigt, während man ihre Arbeitslast vergrößert hat. Mit dem Hinweis, zur Aufrechterhaltung eines vollen Betriebes sei es notwendig, daß die Holzschneider, Bottichträger, Kocher u. s. w. täglich ein größeres Quantum fertigstellen, haben sie dieselben zur unausgesetzten Steigerung ihrer Arbeit aufgestachelt, um dann den dadurch erzielt höheren Wochenverdienst zum Vorwande von Lohnreduktionen zu nehmen. Den Holzschneidern, die ursprünglich 0,55 Mk. pro Tonne Bohne erhielten, hat man denselben nach und nach auf 40, 36, 34 und kürzlich einem Arbeiter sogar auf 32 Pfg. gekürzt. Außerdem wurden sie verpflichtet, das in Säcken verpackte Holz mit hochschaulen zu helfen — ohne jede Vergütung. Ähnlich ergeht es den Bottichauskragern. Ursprünglich erhielten dieselben pro Bottich 0,70 Mk., in einer Tagesarbeit war es möglich, 6 Bottiche zu reinigen, machte also pro Tag 4,20 Mk. Durch fortwährendes Anspornen zur intensiveren Arbeit wurden schließlich 7 Bottiche fertiggestellt, dafür aber der Lohn von 70 Pfg. auf 60 Pfg. erniedrigt, so daß trotz bedeutend angestrengter Arbeit nur der frühere Tagesverdienst erreicht ward. Dasselbe Schicksal traf die Kohlenarbeiter, denen allmählich die Akkordhöhe von 46 Pfg. pro Tonne auf 39 Pfg. reduziert wurden, daneben müssen sie jetzt selbst die Kohlen hochschaulen, wozu je 7 Arbeiter angestellt

wurden. Also fortgesetzt mehr Arbeit für weniger Lohn ist die Parole.

Geradezu ungeheuerliche Verhältnisse existieren bezüglich der Verhängung von Strafgebern. In der Arbeitsordnung sind Strafgebern angeordnet für die Fälle und in der Höhe, wie sie die Gewerbeordnung vorseht. Tatsächlich sind jedoch schon bis zu 5 Mk. in einem Tage verhängt worden. Einige Beispiele mögen hier zur Illustration dafür angeführt werden, mit welcher Willkür man bei der Verhängung von Strafgebern verfährt. Einem Arbeiter wurde vor einiger Zeit 1 Mk. abgezogen, weil — sein Besen nicht am richtigen Plage war. Zwei mal 1 Mk. wurde einem Arbeiter abgezogen, nicht weil er einen Fehler gemacht beim Löschen des Holzes, sondern weil die mit ihm beschäftigten Holzstapler ihre Arbeit angeblich nicht richtig gemacht. 3 Mk. Strafe hatte ein Holzstapler zu zahlen, weil — sein Ablatter eine Lampe geholt und sie nicht wieder abgeliefert. 1 Mk. wurde einer Reihe von Arbeitern abgezogen, weil sie mit einem Sack gegen die Thür des Raumes gestossen, in dem die Frauen mit Säde nähen beschäftigt waren. 50 Pf. hatte ein Anderer zu zahlen, weil beim Raspeln ein Splitter gegen das Lampenglas geflogen und es zertrümmert hatte. Derselbe hatte 50 Pf. zu zahlen, weil im Laufe der Zeit an seiner Maschine sich das Schutzblech gelöst hatte. 1 Mk. hatte ein Arbeiter zu zahlen, weil er den benutzten Riemenpanzer nicht an den früheren Ort gestellt. Dabei war das Riemenpanzen am Sonntag geschehen, wofür es keinen röhren Pfennig Vergütung giebt. Die Arbeitsordnung sagt nämlich in ihrem § 31: Das Reinigen der Arbeitsräume, Messereinschneiden an den Raspelein, das Instandhalten der Maschinen, ist, wenn nicht während der Arbeitszeit ausführbar, nach Schluß derselben von der Bedienungsmannschaft vorzunehmen, ohne daß dieselbe berechtigt ist, eine besondere Vergütung dafür zu beanspruchen. Also, der Mann hatte amsonst gearbeitet und eines ganz unbedeutenden Verschens wegen mußte er noch 1 Mk. dazu zahlen. Zwei Personen hatten à Mann 1,50 Mk. zu bezahlen, weil — ein Handseger, ein Werthobjekt von höchstens 1 Mk. — nicht an der richtigen Stelle lag. Ein Anderer, der in der Nacht von außerhalb der Fabrik sich einen Krug Trinkwasser geholt, da das Wasser innerhalb der Fabrikräume abgeschloffen gewesen, erhielt 2 Mk. Strafe abgezogen. 50 Pf. wurden verhängt über einen Arbeiter, der mit dem Ausleger einen hiefhängenden Telephondraht abgerissen; als er sich deshalb beschwerte, um so mehr, da er den Schaden selbst wieder repariert, ward ihm vom Meister geantwortet: „Ja, wir wissen ja, daß Sie ein Staatsdiener sind, deshalb ist es auch so billig!“

Glauben die Arbeiter durch außerordentliche Anstrengung einen halbwegs annehmbaren Wochenverdienst herausgeschunden zu haben, kommen diese ungeheuerlichen Abzüge, die einen tiefen Strich durch ihre Berechnungen machen. Wo die Gelder bleiben, weiß Niemand, da keine Rechnung gelegt wird darüber. Also auch ein Verstoß gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes. Ebenfalls notwendig wäre es, den Arbeiterschutzbestimmungen eine größere Beachtung zu schenken. So läuft seit einiger Zeit der Transmissionstriemen vollständig frei in der Hocherei. Die Räume, und nicht zu vergessen die Aborte, sind in sehr aufbesserungsbedürftigem Zustande. In der Staubkammer müßte unbedingt etwas zum Schutze für die zu ihrer Reinigung entlassenen Arbeiter gethan werden, und wäre es auch nur, um den Staub vor seiner Fortschaffung zu fassen. Derselbe entzündet sich sehr leicht in sich selbst und in diesen glimmenden Staubberg ist erst vor einiger Zeit ein Arbeiter gestürzt und über und über verbrannt. Ob er vollständig wieder hergestellt wird, bleibt noch zu erwarten.

Angesichts dieser so traurigen Entlohnung und all der vorhandenen Mißstände ist es tief bedauerlich, daß die Arbeiter sich nicht längst einen kräftigen Rückhalt in dem Anschluß an die Organisation geschaffen haben. In letzter Zeit sind diesbezügliche Versuche mit etwas besserem Erfolge als bisher gemacht. Mögen die in der „Rothholz“ beschäftigten Kollegen fortfahren in ihrer Agitation für die Organisation. Gelingt es, den größten Theil ihrer Mitglieder derselben zuzuführen, wird die Aufräumung der Uebelstände und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihre Macht gestellt sein.

Zum Kapitel Gewerkrankheiten.

Ein sehr interessanter Gerichtsprozeß, der die so viel gepriesene Sozialreform und die Gesundheitschancen der Gemischten Fabriken recht treffend illustriert, wurde am 10. Oktober vor dem Amtsgericht II des Landgerichts zu Halle verhandelt. Es handelte sich um den Arbeiter Franz Geiler aus Kötzsch bei Bitterfeld, vertreten durch Rechtsanwalt Bergfeld, gegen die Leitung der Gemischten Fabrik Gröschheim-Flörchen in Bitterfeld wegen Schadenersatz. Kläger verlangt 750 Mk. für entgangenen Verdienst, 200 Mk. Verzicht für Arzt- und Pflegekosten, und für die Dauer seiner Krankheit, die er, Kläger, sich durch Chloroform-Gewinnung in dem Betriebe der Beklagten zugezogen habe, vom 1. Februar 1901 ab in dreimonatlichen Ratenstrafen eine jährliche Rente von 1200 Mk. Der Kläger hat vom Oktober 1899 bis Ende 1900 in dem elektro-chemischen Werke in Arbeit gestanden und ist mit dem Auswechsellern der Zellen im Gutsverlehnungsraum 10—12 Stunden pro Tag und auch Sonntags gegen einen Stundenlohn von 30 Pf. beschäftigt worden. Es ward dort Chloroform entwidelt, so daß giftige Gase und Dämpfe entweichen, welche während der Arbeitszeit den Raum erfüllten. Im April des Jahres 1900 erkrankte der Kläger; es bildete sich auf dem ganzen Körper, besonders auch im Gesicht ein schmerzhaftes Quasarschlag, die Augen wurden entzündet und die Züge starr. Der Krankheitsprozess Dr. Gornas behandelte den Kläger in dem Bitterfelder Krankenhaus und schrieb ihn nach vier Wochen

wieder als erwerbsfähig. Der Kläger war aber nicht im Stande zu arbeiten und wandte sich deshalb an Professor v. Wehring in Halle, der nach stattgehabter Untersuchung konstatierte, daß Blutvergiftung vorliege und eine künstliche Reinigung unumgänglich notwendig sei. Die Vergiftung ward veranlaßt, daß auf eine Umstellung erst nach Jahren zu rechnen sei. Als Kläger diesen Bescheid dem Dr. Gornas mitteilte, um Anweisungen betreffend Krankengeld etc. zu erhalten, wurde er mit dem Hinweise, bei seinem Zustande könnten ihn weder Krankenhaus noch Klinik helfen, kurzer Hand abgewiesen. Der Kläger, ein Wittwer mit zwei schulpflichtigen Kindern, war vollständig erwerbsunfähig und ohne Verdienst. Ein Bescheid an die Berufsgenossenschaft ist mit dem Hinweise abschlägig beschieden worden, daß kein Unfall, sondern eine Gewerkrankheit vorliege. Daß die Erkrankung des Klägers einzig und allein auf seine Beschäftigung in dem Werke zurückzuführen ist, ergibt die Thatfache, daß dort schon drei weiteren Arbeitern dieselben Vergiftungserscheinungen aufgetreten sind. Der zur Verhandlung erschienene Kläger sieht ganz entsetzt aus und wird von dem Sachverständigen als völlig erwerbsunfähig bezeichnet. Sein Vertreter beruft sich auf § 618 des B. G. B. und § 120 a der Gem.-Ordng. Die Arbeitsräume seien vom Unternehmer so einzurichten, daß der Arbeitnehmer gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als es die Natur der Dienstleistung gestattet. Seitens des Gewerbetreibenden sind die Vorkehrungen zu treffen, die durch hygienische Maßnahmen, Prof. Dr. Fraenkel, wurde konstatiert, daß diese sanitäre Freiheit seit einigen Jahren in elektro-chemischen Fabriken aufreiste. Die Fabrikleitung treffe aber kein Vorkehrung, da sie alle Vorbeugungsmaßnahmen zur Verhütung der Krankheit ergriffen habe, es sei denn, daß man dieses Herstellungsverfahren überhaupt als gesundheitsgefährlich und bedenklich völlig untersagen wolle. Es gebe andere Verfahren, die völlig unschädlich sind. Ein Umbau solcher Fabriken, deren es nur noch drei in Deutschland giebt, könnte aber viele Millionen kosten. Die an Professor Fraenkel gerichtete Frage, ob er vom Standpunkte des Arbeitgebers solche Verfahren vorschreiben würde, wurde mit Vorbehalten beantwortet. Auf eine vom Vorsitzenden des Gerichts, Geheimrath Sperling, an den Betriebsleiter des Werkes gerichtete Frage, ob die Gesellschaft, die doch immerhin für die Gesundheit moralisch verantwortlich sei, dem Kläger nicht eine Entschädigung zahlen wolle, erklärte der Betriebsleiter glatt: „Nein, unter diesen Umständen nicht.“ Das Gericht wies den bedauerlichen Kläger ab, da der Fabrikleitung kein Verschulden nachgewiesen werden konnte und kein Betriebsunfall, sondern eine Gewerkrankheit vorliege.

Soziale Mundschau.

— Lage des Arbeitsmarkts. Das Bild, welches der Arbeitsmarkt im Monat September bot, zeigt ein völlig unentschiedenes Gepräge. Wenn auch an den Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, der Andrang weit stärker war als im Vorjahr, indem auf je 100 offene Stellen 147,5 Arbeitsuchende gegen 110,5 im September 1900 kamen, so hat doch im Vergleich mit dem Vormonat eine beachtenswerthe Steigerung der Nachfrage stattgefunden, die es bewirkt hat, daß der Andrang von 15,2 auf 147,5 zurückgegangen ist. Erklärt wird diese Erscheinung durch den starken Arbeiterbedarf beim Oktoberumzug in den großen Städten. In Berlin belebte diese Nachfrage, wie der Zentral-Verein für Arbeitsnachweis hervorhebt, den Verkehr in der zweiten Hälfte des Monats sichtlich. Vorzugsweise waren es die Speiditeure, welche Arbeiter verlangten. Abgesehen aber von dieser nur wenige Tage dauernden Beschäftigungsgelegenheit wies der Arbeitsmarkt einen kleinen Rückgang in dem Mitgliederbestand der an die Berichterstattung angeschlossenen Krankenkassen auf. Im Vorjahre veränderte sich die Zahl der Beschäftigten im September überhaupt nicht; in diesem September nahm sie um 0,2 Prozent gegen 0,1 im Vormonat ab.

— Internationale Streikstatistik. Die Auslandsbewegung hat während des Augusts kaum eine Veränderung in ihrer Intensität gegenüber dem Vormonat in den Ländern erfahren, für die statistische Aufzeichnungen vorliegen. Nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ betrug in Deutschland, Belgien, Frankreich und England die Zahl der Streiks 97, genau so viel wie im Monat Juli. An den Streiks in Belgien, Frankreich und England beteiligten sich 15 950 Arbeiter gegen 15 637 im Juli. — In Italien streikten an verschiedenen Plätzen, so in Rom und Neapel die Angestellten der Straßenbahnen. Im Ausland besuchten sich auch die Flaschenarbeiter einer der größten Glasfabriken in Saragosa (Burgund). Die Arbeiter verlangten einen Tarif für die in diesem Zweige der Glasindustrie zum erstenmal eingeführte Maschine durchsetzen. — In den Vereinigten Staaten ist die Auslandsbewegung stark zurückgegangen. Der Ausstand der Schneider wurde erfolgreich beendet; die Arbeitgeber sind gezwungen, nur Mitglieder der Schneiderorganisation zu beschäftigen. Der Ausstand der Stahlarbeiter endete dagegen am 14. September mit einer Niederlage der Streikenden.

— Die wirtschaftliche Krise mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend macht sich schon in so drohender Weise fühlbar, daß die Regierungen sich genöthigt sehen, zu der Sache Stellung zu nehmen. Wie bereits mitgeteilt, will auch die preussische Regierung Erhebungen anstellen über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen bereits angenommen hat, über die schon hervorgetretenen oder noch zu gewärtigenden Mißstände und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber, insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.

Hoffentlich beruht man sich mit der Feststellung der Thatfachen etwas, damit rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden können.

Für Westpreußen hat der Oberpräsident v. Gopler eine Nothstandskonferenz zum Sonnabend nach Danzig einberufen. Es handelt sich darum, festzustellen, in wie weit es mit vereinten Kräften möglich sein wird, der latenten Krise auf den Gebieten von Handel, Industrie und Landwirtschaft zu begegnen, Hilfsbedürftige zu

unterstützen, Arbeiterentlassungen und Betriebsbeschränkungen zu vermeiden, geplante Arbeiter in Angriff zu nehmen, um arbeitslosen Kräfte Beschäftigung zu schaffen etc.

In Bayern sind die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren mit Erhebungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und über die Einwirkung der geschäftlichen Rückschlüsse auf die Verhältnisse der Arbeiterchaft beauftragt worden, insbesondere darüber, in welchen Geschäftszweigen sich die jetzige schlechte Konjunktur besonders bemerkbar macht, ob Arbeiterentlassungen, Verkürzungen der Arbeitszeit, Ausfall von Arbeitsschichten oder Erniedrigung der Lohnsätze stattgefunden haben, ob und in welchem Maße die Zahl der Arbeitslosen gewachsen ist oder ob die Entlassenen in anderen Erwerbszweigen Arbeit fanden. Die ganze Frage kommt bei der Anfangs-November stattfindenden Konferenz zur Besprechung.

In welchen Resultaten man auf Grund der Erhebungen kommen wird, läßt sich nicht voraussagen. Eines aber wird unabweislich sich ergeben: Daß es bei der täglich wachsenden Nothlage großer Volksmassen geradezu ein Verbrechen wäre, diesen Volkschicksal durch wucherische Lebensmittelpreise die armselige Lebenshaltung weiter herabzudrücken. Kein schärferes Argument gegen die Volkspolitik der Agrarier giebt es, als der wachsende wirtschaftliche Nothstand der Arbeiter.

— Ueber die Dauer der Krisen schreibt Richard Calver in der „Leipziger Volkszeitung“:

Man streitet gegenwärtig häufig darüber, wie lange wohl die jetzige Krise dauern werde. Unseres Erachtens ist diese Frage nicht zu beantworten und wir halten namentlich alle darüber aufgestellten Theorien für eine kindliche Spielerei. Auch aus der Geschichte der Krisen ist ein Erfahrungssatz nicht abzuleiten, der für die Gegenwart irgendwie maßgebend sein könnte. Die behauptete Verlängerung der Krisen ist auf Grund der Erfahrungen gleichfalls nicht zu behaupten. Im Uebrigen verzeichnen wir hier die Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts nach ihrem Auf- und Absteigen:

1857—1862	6 Jahre Niedergang.
1863—1866	4 Jahre Aufgang.
1867—1870	4 Jahre Niedergang.
1871—1874	4 Jahre Aufgang.
1875—1879	5 Jahre Niedergang.
1880—1883	4 Jahre Aufgang.
1884—1888	5 Jahre Niedergang.
1889—1890	2 Jahre Aufgang.
1891—1895	5 Jahre Niedergang.
1896—1900	5 Jahre Aufgang.

— Die vereinigten Gummiwarenfabriken haben ihren Geschäftsbericht erscheinen lassen. In demselben wird des verfloßnen großen Streiks wie folgt erwähnt: „Lediglich das gute Einvernehmen, welches seit Bestehen unserer Fabrik mit unserer Arbeiterchaft bestand, im letzten Jahre noch einen am 19. März ausgebrochenen partiellen Streik in unserer Schuhfabrik in Hamburg unterbrochen worden, und erreichte mit Proklamirung eines Generalstreiks am 10. Mai seinen Höhepunkt. — Da es sich schließlich nicht um Vorkaufungen, sondern lediglich um Machtfragen handelte, so mußten wir, wenn wir die Disziplin in unseren Werken durch Untergrabung der Autorität und in Folge davon auch die Rentabilität unserer Etablissements nicht gefährden wollten, den Streik auf das Energischste bekämpfen, und wir hatten auch die Genugthuung, daß der Streik am 17. Juni von der Arbeiterchaft als ausfichtslos aufgehoben wurde.“

Sehr wohl! Es handelt sich schließlich um eine Machtfrage! Aber wer machte denn den Streik zu einer solchen? Einzige und allein die Gummiabfabrik, dieselbe, die jetzt darüber wimmert, daß das gute Einvernehmen leider gestört worden sei!

Im Uebrigen ist nach den Ausführungen des Geschäftsberichts in dem Berichtsjahr das Ergebnis günstiger geworden, als nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage erhofft werden durfte. Es gelang durch Ausnutzung günstiger Konjunkturen, die zur Verwendung kommenden Rohmaterialien, namentlich Kollgummi, sehr vorthellhaft einzukaufen. Die Gesellschaft war im ganzen Jahre in allen Zweigen ihrer Fabrikation, sowohl für Inland als auch für Export, außerordentlich stark beschäftigt. Die Gesamtumsätze in allen Abtheilungen haben sich demgemäß auch im letzten Geschäftsjahre nicht erheblich geändert; der Verkauf in Schuhen war ein zufriedenstellender, für die Ballgesellschaft hat auch in diesem Jahre die Konvention günstige Resultate gezeitigt, und der Verkauf, welchen die Fabrik an dem Verkauf der Artikel für die Schuhfabrikation gewonnen hat, ist ein sehr bedeutender geworden. Die Dividende beläuft sich, wie schon früher berichtet, auf 20 Prozent (im Vorjahre 17 1/2 Prozent); der Aufsichtsrath erhält außerdem 10 Prozent Lantime. Für den Gratifikationsfonds sind 40 000 Mk. bestimmt. Was werden wohl die unterlegenen Arbeiter dazu sagen? Der Geschäftsbericht beweist aufs Bestimmteste, daß den im Schuhfabrik beschäftigten gewesenen Kolleginnen später die paar Pfennige Lohn mehr gegeben werden könnten. Die Dividende hätte sich dann — ohne den finanziellen Ausfall, den der Streik verursacht hat — noch um ein Bedeutendes erhöht.

— Wie die Polizeiverwaltung von Groß-Salze die Gesetze kennt. In Groß-Salze streikten die Maurer. Das gab der dortigen Hochmohlköniglichen, derselben, die uns auch die Zahlstelle schloß, Veranlassung zu folgender

Bekanntmachung.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die bei dem Neubau der Metallgießerei der Nat. Radiator-Gesellschaft streikenden Maurer pp. sogenannte Streikposten auf den Zugangswegen zur Baustelle aufgestellt haben, um Arbeitswillige fernzujhalten.

Diese Handlung ist gemäß § 360 der St.-O.-B. als grober Unfug anzusehen, und fordern wir die beteiligten Personen auf, das Streikpostenstehen fernerhin zu unterlassen. Zuwiderhandlungen werden auf das Strengste bestraft werden.

Gr.-Salze, den 2. Oktober 1901.
Die Polizei-Verwaltung. Schimmelmanna.
Natürlich steht im § 360 der St.-O.-B. kein Wort davon, daß das Streikpostenstehen als grober Unfug anzusehen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Der wegen Unterschlagung in der Fabrikfabrik Lottensburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilte ehemalige gemeine Revolutions-Genosse, hatte das Recht mit dem Rechtsmittel der Revision angefochten. Am 22. Oktober fand Termin an, wobei das Urtheil erster Instanz seine Bestätigung fand.

In Regel waren wegen Veranlassung und Ausführung einer öffentlichen Kollekte ohne behördliche Erlaubnis die Kollegen Bloch und Wandt angeklagt worden. Beide hatten in einer Versammlung von Fabrik-, Sand- und Glaserarbeitern die Keller kontrollirt, in welche die Versammlungstheilnehmer freiwillige Beiträge zur Deckung der Kosten hineinlegten, nachdem Bloch darum ersucht hatte. Das Landgericht als Berufungsgericht verurtheilte die Angeklagten. Auf ihre Revision wurden sie jedoch vom Kammergericht mit folgender Begründung freigesprochen: Kelleransammlungen gehörten überhaupt nicht zu den öffentlichen Kollekten, welche § 11 Nr. 4 der Instruktion für die Oberpräsidenten von 1825 erwähnen und die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürften. Die Entstehungsgeschichte dieser Instruktion wie auch der Wortlaut der in Betracht kommenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts ergäbe, daß die Instruktion von 1825 unter den fraglichen „auszuschreibenden“ Kollekten nur Hauskollekten habe verstanden wissen wollen. Ob eine Sammelthätigkeit hier einfallt, wäre demnach in diesem Falle gleichgültig.

Eine Konferenz des Gaus 18

Tagte Sonntag, den 13. Oktober, in Delmenhorst. Beteiligt waren die Zahlstellen Wilhelmshurg-Neihörsting und Georgswerber, Harburg, Stade, Lüneburg, Bremen, Osterholz-Scharmbeck, Barel, Brinkum und Delmenhorst durch je einen Delegirten, sowie der Gauvorsitzende und Kassirer. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Winsen und Hasbed. Die Konferenz wurde um 11 1/2 Uhr vom Gauvorsitzenden Martens eröffnet. — Der Bericht über die Thätigkeit des Gauvorsitzenden gab Kollege Martens. Er führte aus, daß die Agitation gegenwärtig von dem wirtschaftlichen Niedergang sehr beeinflusst werde. Die Arbeitslosigkeit sei hauptsächlich in den größeren Städten eine große. Wirklich gute Zahlstellen im Gau 18 seien nur Bremen, Harburg und Wilhelmshurg. Alle übrigen Zahlstellen bedürfen noch der Unterstützung, wenn sie lebensfähig bleiben sollen. Dem Beschlusse der letzten Konferenz, in allen Städten Hausagitation zu betreiben, sei der Vorstand bemüht gewesen, nachzukommen. Wenn noch nicht überall die Agitation einfallen sei, so liege es mit daran, daß der große Summisten in Harburg dem Gauvorstand viel Arbeit verursacht habe. In 3 Städten sei im Ganzen fünfmal Hausagitation vorgenommen und zwar je zweimal in Delmenhorst und Lüneburg und einmal in Winsen. In Delmenhorst seien bei der ersten Tour 40 und bei der zweiten 96 Mitglieder gewonnen. In Lüneburg im Ganzen 45 und in Winsen a. S. 6 Mitglieder. Die wichtigste Frage sei die Personenfrage. Hieran mangle es im 18. Gau sehr. Gerade dadurch, daß die Leitungen der Zahlstellen häufig sehr viel zu wünschen übrig lassen, werde bewirkt, daß wir in den kleinen Städten nicht vorwärts kommen. Wichtig sei es, daß man solche Vorstandsmittelglieder, die außer dem „Proletariat“ nur bürgerliche Blätter zu lesen bekommen, mit signierter Bekleidung unterstützt. Bei der Hausagitation müsse man stets bedacht sein, die richtigen Leute zu bekommen; auch seien die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. — Agitations-Versammlungen seien im Ganzen acht arrangirt. Der Besuch der Versammlungen sei im Durchschnitt nur mäßig gewesen. Geeignete Referenten seien nur selten zu bekommen. Es müsse unsere Aufgabe sein, stets erst Alles zu versuchen, um ohne Sirell die Interessen der Mitglieder zu wahren. In die Streikkommissionen solle man nur Leute wählen, welche Geschäftskennntniß und das nötige Kaltgefühl besitzen, dann würden uns mancherlei Ueberraschungen erspart bleiben. — Revisionen seien im Ganzen auf Anrathen des Gauvorsitzenden fünf vorgenommen, und zwar in Winsen, Stade, Delmenhorst und Wilhelmshurg. Abgesehen von kleinen Differenzen sei Alles in Ordnung befunden. Nur in einem Falle habe sich eine Differenz von 9,22 M. herausgestellt. Doch werde die Verbandskasse dadurch jedenfalls nicht geschädigt. — Der Mitgliederstand im Gau war im 4. Quartal 1900 4275 und im 3. Quartal 1901 4816, das sei eine Zunahme von 541 Mitgliedern. Dem Vorsitzenden wurden abgesehen 59 Briefe, 75 Postkarten, 2 Pakete, 2 Drucksaften und 1 Postauftrag. Mit einer Aufforderung, die Agitationsarbeit unermüdet fortzusetzen und den Gauvorstand recht zuge zu unterstützen, schloß Referent seinen Bericht. — Der Kassirer des Gaus, Böger-Harburg, erstattete den Rechenbericht. Im verfloffenen Geschäftsjahre betragen die Gesamteinnahmen 364,25 M., die Ausgaben 447,70 M., demnach ein Defizit von 83,45 M. — An den Bericht des Gauvorsitzenden, sowie des Gaukassirers schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Der Bremer Delegirte bemerkte: In Barel müsse eine Agitation in die Wege geleitet werden; dort seien noch viele Fabrikarbeiter und auch sonstige angeleitete Arbeiter, welche noch keiner Organisation angehören. Um die Kosten in solch r. würde es sich empfehlen, daß die Bremer Kollegen hier auf Kosten des Gaus Hausagitation vornehmen. Um fernerhin Defizite zu vermeiden, sei es nöthig, daß der Gauvorstand verpflichtet sei, die Gewerbeträge regelmäßig an die Gaukasse abzuliefern. — Der Delegirte aus Stade führte aus, daß die dortigen Arbeitgeber sich um unsere Organisation wenig kümmern. Es sei aber an gemüthlich aufgeregten Kollegen. Zu bedenken sei, daß so oft die Referenten nicht erscheinen thäten. Das rufe Mißthimmung hervor. — Der Delegirte aus Wilhelmshurg erwähnte, wenn sich laut Bericht eine Revision in seiner Zahlstelle notwendig mache, so lag dies an der Neuzusammenfassung der örtlichen Verwaltung. Aber nach genauer Prüfung sei Alles in bester Ordnung befunden. — Martens führte an, daß die Beschwerden des Stader Delegirten nicht ganz zutreffend sind; nur einmal sei die Referentin, Frau Zieg, nicht erschienen, den Grund ihres Nichterscheinens habe er auch nicht erfahren. Es sei möglich, daß ein Mißverständnis vorliege. — Böger-Harburg bemängelt, daß nicht geeignete Vorschläge in Sachen der Agitation gestellt und debattirt würden. Er sei der Ansicht, daß Hausagitationen immer noch das beste Mittel seien. — Bögge-Bremen wünscht, daß speziel in den kleineren Zahlstellen mehr gethäte. Es sei wünschenswert, daß den Zahlstellenleitern gute Arbeiter-Bekläre sowie Tageszeitungen auf Kosten des Gaus zur Verfügung gestellt würden. — Böger und Martens sind derselben Ansicht. Der Letztere unterstützt in oben von Bögge empfohlenen Antrag, wonach der Gau 18 (ist) mit den Prozenten für die Gaukasse mindestens jährlich einmal abzurechnen habe. Die Delegirten von Stade, Lüneburg und Wilhelmshurg vertreten denselben Standpunkt. Böger spricht dagegen. Der Antrag sei überflüssig. Folgende Anträge fanden gegen eine Stimme Annahme: 1. Der Gauvorstand soll den Gaus die als Zuschuß gegebenen Summen alljährlich endgültig abrechnen resp. ausgleichen und

den Gaus die Procente regelmäßig auf Antrag ausgeben. 2. Auf Kosten des Gaus 18 den Leitern in den kleineren Zahlstellen ein Arbeiterblatt zu liefern, wenn sie selbst hierzu nicht in der Lage sind. — Der Kassirer des Gaus, Böger-Harburg, führte aus, daß die Hausagitationen in den kleineren Zahlstellen zu beschaffen. Der Gauvorstand hat sich über die Wichtigkeit der Hausagitation zu überzeugen. — Ein Antrag, Bögge, dem Gauvorstand sowohl dem Kassirer für ihre Thätigkeit jährlich je 50 M. zu bewilligen, fand gleichfalls Annahme. — Sodann erließen die einzelnen Delegirten ihre Berichte. Bögge-Bremen: Der Referent in Bremen mit ca. 300 Mitgliedern hat sich aufgethan und ist zum Verbandsreferenten. — Der Delegirte aus Stade wünscht vom Gau Geld und Band zwecks Agitation. — Der Lüneburger Delegirte berichtet, daß mit Hilfe der Harburger Kollegen seine Zahlstelle gute Erfolge zu verzeichnen habe. — Ferner wünschte die Delegirten von Barel, Osterholz-Scharmbeck und Wilhelmshurg, daß Hausagitationen vorgenommen werden. Die Verbreitung des „Werkzeug“ sowie geeigneter Hausblätter sei für die Agitation dienlich. — Der Delegirte aus Osterholz-Scharmbeck bedauert, daß seine Zahlstelle durch Unachtsamkeit zweier Hilfsarbeiter nicht vollständig mit der Hauskasse abrechnen konnte. — Böger empfiehlt, in solchen Fällen das Geld von den Beteiligten zunächst auf glütlichem Wege einzutreiben; sei das ohne Erfolg, dann möge man die Sache dem Staatsanwalt übergeben. Des Weiteren sollten auch die Bremer versuchen, durch Hausagitation ihren Mitgliederstand zu heben. — Bögge-Bremen widerpricht dieser Ansicht. In Bremen, wo 25 Organisationen bestehen, sei es unmöglich, Hausagitation zu betreiben. — Der Punkt Agitation fand hiermit ebenfalls seine Erledigung. — Ein Antrag aus Delmenhorst, welcher dahin ging, der „Proletariat“ möge sich mehr wie bisher mit den Ringbildungen befassen, wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen. — Zum Punkt: „Wie stellen wir uns den Bauarbeitern gegenüber?“ erhielt zunächst der Delegirte aus Bremen das Wort: Die Bremer Bauarbeiter hätten mehr nach dem Bestreben an den Tag gelegt, unsere Mitglieder in ihre Organisation hineinzuziehen. In einem Falle sei sogar mit Sperre gedroht worden. Diesem müßte Einhalt geboten werden. Die Delegirten aus Stade, Lüneburg, Wilhelmshurg und Harburg berichteten ähnlich. — Die folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige in Delmenhorst tagende Konferenz des 18. Gaus des Verbandes der Fabrik-, Sand-, Glaserarbeiter und Arbeiterinnen tabelle die Agitationszwecke einzelner Mitglieder der Bauarbeiterorganisation in Lüneburg, Wilhelmshurg und Bremen, welche Mitglieder unseres Verbandes mit allen möglichen Mitteln veranlassen, der Bauarbeiterorganisation beizutreten. Die Versammlung erachtet es deshalb als verwerflich, weil der häufige Wechsel der Organisation nicht förderlich ist. Auf Grund des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses erklärt die heutige Konferenz, daß einem Bauarbeiter ein Recht, von Mitgliedern anderer Organisationen, die im Baugewerbe thätig sind, zu verlangen, der Bauarbeiterorganisation beizutreten, nicht zusteht. Selbstverständlich erachtet es die Konferenz als Pflicht unserer Mitglieder, sich dann im Beruf der Bauarbeiter geltenden Satzungen unterzuordnen.“ — Die nächste Konferenz soll in Lüneburg abgehalten werden. Nach einem kernigen Schlusswort dankte der Gauvorsitzende den Delmenhorster Kollegen für den freundlichen Empfang. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Korrespondenzen.

Der Streiffonds ist leer! Thut Geld in unsern Streiffonds.

Altona. Mittwoch, den 9. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt wurde vom Kollegen Schl. die Abrechnung vorgelegt und von den Revisoren für richtig befunden, weshalb letztere für den zweiten Bevollmächtigten Decharge beantragten, welche angenommen wurde. Den Bericht des Bevollmächtigten gab Kollege Du. Im verfloffenen Jahre haben 13 Mitgliederversammlungen, davon waren 4 gemeinschaftliche, stattgefunden. 1 Sitzung der Vorstandssitzungen, davon 7 gemeinschaftliche, wurden abgehalten. Auch waren wir zu einer kombirirten Vorstandssitzung sämmtlicher Zahlstellen unseres Verbandes in Hamburg geladen. Leider sei mitzutheilen, daß unsere Mitgliederzahl nicht gemachsen sei. Den Bericht von der Gaukonferenz gab Kollege Du. in ausführlichster Weise. Darauf wurden Kollege Du. als erster, Schl. als zweiter und Str. als dritter Bevollmächtigter vorgeschlagen. Als Revisoren wurden Kollege Sr. als erster, H. als zweiter und Pr. als dritter in Vorschlag gebracht. Kollege H. als Schriftführer. Ein Antrag auf Entschädigung der freigesprochenen Angelegten in dem Projekt, von dem wir berichtet haben, mit einem Tagelohn, wurde angenommen. Kollege Pr. kritisirte dann noch in scharfer Weise die laue Theilnahme an den Versammlungen und ersuchte die Kollegen, in Zukunft besser zu agitiren, damit die Versammlungen reger besucht werden.

Altona. Am Sonnabend, den 12. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Matthiesen gab den Bericht von der Gaukonferenz, welchen die Versammlung mit vielem Interesse verfolgte. Die Versammlung begrüßte es mit Freuden, daß die Konferenz beschloß, die Agitation in dänischer Sprache betreiben zu lassen. Die Bevollmächtigten und Revisoren wurden dann in Vorschlag gebracht. Dann wurde die Abhaltung eines Ballbeschlusses. Kollege Matthiesen hielt an die Mitglieder eine Ansprache und forderte die Kollegen auf, nun bei dem Eintritt in das neue Geschäftsjahr eine rege Agitation unter den uns noch fernstehenden Arbeitern zu entfalten, jedoch ihr beim nächsten Jahreschluss ein besseres Resultat aufweisen können. Dieses Jahr hätten wir weder noch Abnahme an der Mitgliederzahl.

Hannover. Sonntag, den 13. Oktober, wurde für Bremen, Groß-Dubrau und Umgebung eine Vollversammlung abgehalten. Tagesordnung: Fortschritt und Glend. Die Referentin Gen. Köhler-Dresden führte in sachlicher Weise aus, welchen Zweck die Organisationen der Arbeiter verfolgen. Reicher Beifall lohnte ihren Vortrag. Es wurde dann die Gründung einer Zahlstelle für alle Fabrik-, Sand-, Glaserarbeiter und Arbeiterinnen angeregt, wozuf sich auch 20 Mitglieder aufnahmen ließen, so daß die Gründung vollzogen werden konnte.

Braunschweig. Schon vor Jahresfrist hatten wir den Beschluß gefaßt, eine Hausagitation in diesem Frühjahr vorzunehmen. Diefelbe mußte jedoch zurückgestellt werden, da vom hiesigen Gewerkschaftsleiter an die Behörde ein Antrag auf Erhöhung des örtlichen Tagelohns gestellt war, wo wir hauptsächlich das Material zu dem Antrage beizubringen hatten. Der örtliche Tagelohn wurde erhöht für Männer von 2,20 auf 2,50 M., für Frauen von 1,20 auf 1,50 M. Die Erhöhung wird vielen unserer Mitglieder von großem Nutzen sein, regelt sich doch nach dem örtlichen Lohne die Unterstützung in Krankheitsfällen, bei Unfällen und Invalidität. Außerdem wurde eine Agitation für den hiesigen „Volksgesund“ unternommen; da es selbstverständlich ist, daß nur durch Lesen der Arbeiterpresse Aufklärung unter die Arbeiter kommt, so haben wir uns nicht in den Hintergrund zu stellen, auf diese Weise konnte erst anfangs des Quartals mit der Hausagitation begonnen werden. Unsere Stadt, welche über 125 000 Einwohner zählt, wovon ca. 10 000 Glaserarbeiter sind (obwohl die meisten Arbeiterinnen), hatten wir in 8 Distrikte eingetheilt, wovon jeden Sonntag einer bearbeitet wurde. Der „Werkzeug“, welchen wir hierzu verwendeten und den wir als vortrefflich bezeichnen

müssen, wurde an den letzten Tage der Woche mit einer kurzen Bemerkung, daß am Sonntag ein Kollege vorläme, den uns noch fernstehenden Kollegen brieflich zugestellt. Die erforderliche Korrespondenz erledigte jeder Kollege für seinen Distrikt selbst. Das Tageslohn der Agitation war 1/2 M. für 850 Kollegen im Verbands aufzunehmen liegen; im Ganzen hatten wir eine Zunahme im 2. Quartal von 411. Bemerkten wollen wir noch, daß in dieser schwierigen Arbeit sich leider zu wenig Kollegen, hauptsächlich ältere, zur Verfügung gestellt hatten. Daß dann doch die Hausagitation zu Ende geführt werden konnte, ist dem Kollegen zu verdanken, die ein halbes Jahr lang fast jeden Sonntag unermüdet thätig waren. Unsere Kolleginnen und Kollegen hier am Orte ersuchen wir aber weiter, unermüdet thätig für den Verband zu sein, damit wir weitere Fortschritte machen; es ist immer noch eine große Zahl, die uns noch fern steht. (Zur Nachahmung empfohlen! D. H.)

Charlottenburg. Am 8. Oktober tagte im Lokale des Herrn Bauer unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Kohl gab ausführlichen Bericht von der Gaukonferenz. Die Verlegung der Abrechnung hatte die Entlastung des zweiten Bevollmächtigten zur Folge. Sodann wurden die Kollegen August Kohl, Schell und Brandt als Bevollmächtigte, die Kollegen Schröder, Schürb und Seifert als Revisoren in Vorschlag gebracht.

Deffau. In der Mitglieder-Versammlung vom 7. Oktober erstattete Kollege Haase den Quartalsbericht und forderte auf, an der vorzunehmenden Zählung der Arbeitslosen sich zu beteiligen. Es sei notwendig, daß die Arbeiter über die Wirkungen und Folgen des wirtschaftlichen Niederganges Material sammeln. — Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde als richtig anerkannt. Der Kollege Ehrenhorst, fragt an, ob eine Vereinbarung zwischen dem Vorstand unseres Verbandes und dem des Holzarbeiter-Verbandes getroffen worden sei dahingehend, daß Mitgliedern an einem Orte, an dem sich eine Zahlstelle unseres Verbandes nicht befindet, dem Verbands der Holzarbeiter unter Anrechnung der erst. Sarengzeit sich anschließen könnten. Kollege Haase erwiderte, daß bei dem Uebertritt in eine andere Gewerkschaft nach abgelaufener Sarengzeit diese angerechnet würde und übertretende Mitglieder genau so behandelt würden, wie die Mitglieder der Organisation.

Georgswerber-Wilhelmshurg. Sonntag, den 6. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Da der Referent nicht erschienen war, konnte der angeordnete Vortrag nicht gehalten werden. Der von dem 1. Bevollmächtigten erstattete Jahresbericht weist aus, daß die Zahlstelle den Mitgliederbestand des vorigen Jahres beibehalten hat. Versammlungen sind 8, Sitzungen 5 abgehalten worden. Die vorgelegte Quartals-Abrechnung wurde von der Versammlung genehmigt. Die Bevollmächtigten kamen dann in Vorschlag. Unter Beschließen erklärten sich alle Nebener für den Anschluß an das Arbeiter-Sekretariat in Harburg, vorausgesetzt, daß es zu Stande komme. Der Kartellbericht gipfelte in einer Aufforderung zur Unterstützung der Nordhäuser Kantalarbeiter.

Gr.-Osterleben. Am 20. Oktober tagte hier unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Herzog erstattete Bericht von der am 13. Oktober stattgefundenen Gaukonferenz. Wie auf der Gaukonferenz, so polemisirte auch hier im Anschluß an den Bericht der Kollege Göde gegen den Kollegen Brey, weil dieser gegen die geplante Einführung einer Sterbe-Unterstützungskasse in unserem Gau geschrieben hatte, wodurch verschiedene Zahlstellen zu beeinflusst wurden, daß sie ihre Delegirten mit einem gebundenen Mandate, gegen die Sterbe-Unterstützung zu stimmen, zur Gaukonferenz schickten. Zu solcher Handlungsweise habe Brey nach Göde's Meinung kein Recht, das Recht hierzu spreche er ihm unbedingt ab. Kollege Brey kennt die Verhältnisse in unserem Gau nicht so genau, wir müssen am besten wissen, wie wir hier zu agitiren haben. Als großes Agitationsmittel wurde die Einführung im Allgemeinen begrüßt. Kollegen Brey kann doch eine Vergrößerung und bessere Standshaftigkeit der Mitgliederzahl nur angenehm sein, was wir uns hierdurch unbedingt verpflichten. Der finanzielle Kostenpunkt ist so groß nicht, wie ihn der Ovensstedter Kollege Klinger in einem Ovensstedter Bericht heranzugerechnet hatte. Es sind nachweislich in unserem Gau im vergangenen Jahre 6-7 Mitglieder gestorben; diese Zahl würde sich verdoppeln, weil die Frauen der Mitglieder mit in Betracht kommen. Im zweiten Punkt erstattete der Kassirer Bericht. Der Bericht erstreckte sich vom 4. Quartal 1900 bis 3. Quartal 1901. Unsere Zahlstelle war bekanntlich über ein halbes Jahr polizeilich geschlossen, wir waren daher nicht in der Lage, eher abzurechnen. In der Bilanzabrechnung ergab sich ein Defizit von 38,76 M., was auf die lange Schließung unserer Zahlstelle zurückzuführen ist. Von den Revisoren wurde die Abrechnung für richtig befunden. Kollege Göde machte noch darauf aufmerksam, daß wir uns jetzt der Zahlstelle Magdeburg angeschlossen haben als Bezirk Gr.-Osterleben.

Als Mitglied habe ich das Recht, mich gegen jeden Vorschlag zu wenden, von dessen Ausführung ich eine Schädigung des Verbandes befürchte; als Vorsitzender aber habe ich die Pflicht, auf Einhaltung der Verbandsstatuten zu achten und jede vom Verbandstag nicht beschlossene Nebenentscheidung, die eventuell dem Verbandsrathe die Möglichkeit der Erhöhung seiner Beiträge erschwert, zu bekämpfen. Das habe ich gethan, das werde ich auch in Zukunft thun, so lange mich Verbandsstatuten dazu verpflichten. Dagegen werden mich jene Kollegen nicht auf ihrer Seite finden, die beantragen, daß durch freiwillige Zuwendungen der Streiffonds gestärkt werden soll, oder die freiwillige Beiträge anregen, um eventuell Gemagregelte zu unterstützen. Erst gilt es, den Lebenden und Ackernden Alles zu bieten, was geboten werden kann, erst dann gehen wir in der Fürsorge in Sterbefällen weiter, als wie wir bis jetzt gegangen sind. In ganz scharfer Weise ist behauptet worden, ich hätte mich gegen die nächsten Zahlstellen, die alle solche Einrichtungen hätten, nicht gewandt, in eine Zahlstelle hätte ich eine Fühne angeschafft, ohne meinen Widerspruch zu finden. Von den Zahlstellen, die man im Auge hatte, hat keine einzige einen solchen Fühne angeschafft oder einen ähnlichen Unterstützungsweig eingeführt. Aber wenn der Vorstand einen Fühner erschaffen ließ — und auch ohne einen solchen — dann landten diese Zahlstellen — gemeint sind die Hamburger, Braunschweiger, Wandsbeker, Röhrenburgsort, Hamm usw. — Geld für den Streiffonds. Gewiß, eine Zahlstelle hat auch eine Fühne angeschafft, sie hat das aber den Streiffonds nicht vergesst! Es ist den betreffenden Kollegen kein Geheimniß geblieben, daß ich es sehr gern gesehen hätte, wenn auch das Geld für die Fühne nicht zur Anschaffung einer solchen, sondern für den Streiffonds verwendet worden wäre! Also auch in diesem Falle hat der „Anappel“ eine Rolle gespielt!

Hamburg. Eine kombirte Mitglieder-Versammlung tagte am 13. Oktober in der „Seiffinghale“. Zunächst legte der Referent Kaufmännischer der Versammlung dar, daß es wünschenswert sei, wenn die Hamburger Arbeiterkraft im Besitz eines Gewerkschaftshauses sei. Dem Referenten wurde reichlicher Beifall zu Theil. Den Bericht der Revisionskommission gab der Kollege Borger. Durch ihr Eingreifen wurden viele Streiks verhindert, ebenso wurden viele Differenzen zu Gunsten der Arbeiter geschlichtet. In der Diskussion über den Bericht beteiligten sich Rulm, Lütke, Vogt und Bahlke. In der Revisionskommission wurden gewählt Borger, Vogt, Schürb, Biednich und Ulrich, in den Gauvorstand Borger als 1. Niemann als 2. Vorsitzender, Schröder als Schriftführer, als Revisoren Sätze, Eggers, Kayl. Darauf Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Abend. In unserer am 8. Oktober abgehaltenen Mit- glieder-Verammlung wurde der Bevollmächtigte in Vor- schlag gebracht die Kollegen: Müller, Mann und Müller; als Re- sultat der Kollegen: Radde, Wegener und Tiedemann. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Müller und Radde wieder- gewählt, als deren Vertreter wurden neugewählt die Kollegen Wargraf und Hilmer. Alsdann gab der Kollege Radde den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes, welcher von der Versammlung beifällig aufgenommen wurde. Selber waren einige Zahlstellen dem Beschl. der letzten Konferenz nicht nachgekommen, indem sie keine Situationsberichte ein- brachten. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und der gesammte alte Vorstand wiedergewählt, und zwar die Kollegen Radde, Müller, Wargraf, Müller, Haffelbühl und Schellinski. Hierauf nahm die Versammlung den Kartellbericht vom Kollege Radde entgegen. Alsdann wurde der Kollege Rathjen, der vor einiger Zeit erst aufgenommen worden ist, wieder aus dem Verbande ausgeschlossen, weil er bei den Formern, wo er früher org. war, noch Schulden zu be- zahlen hat.

Magdeburg-Neustadt. In der am 19. Oktober stattge- fundenen Mitglieder-Verammlung erstattete Hoffmann als Dele- girter der Konferenz Bericht über dieselbe. Er erläuterte kurz die wichtigsten Punkte über die dort gepflogenen Verhand- lungen und gefassten Beschlüsse. In den Vorstand wurden die Kollegen Waithe als Vorsitzender, A. Bode als Kassierer und Karl Dähms als Schriftführer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Kind, Th. Krüger und Schmollnitz ernannt. Alsdann gab der Kollege Hoffmann den Kassierbericht vom 8. Quartale. Ein Widerspruch gegen denselben erhob sich nicht. Anliehrend an unseren Kassierbericht entspann sich eine kurze Debatte über die Einziehung der Mitgliedsbeiträge zwecks Kontrollirung über rückständige Beiträge. Es wurde beschlossen, die Bücher einzuziehen. Um den Familien unserer arbeitslosen Kollegen eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten, erklärten sich die Kollegen, welche nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, bereit, eine einmalige Extrasteuere von 20 Pf. zu leisten. Unter „Verstehens“ wurde noch zur Sprache gebracht, wie Mit- glieder des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter bemüht sind, Kollegen von uns, mit denen sie zusammen im Konsumverein Neustadt beschäftigt sind, und welche mit wenigen Ausnahmen Mitglieder unseres Verbandes sind, als Mitglieder ihres Verbandes zu gewinnen. Die Gründe, welche dieselben zu ihrer Handlungsweise anführen, wurden als nichtig zurück- gewiesen. Die an der Sache beteiligten Kollegen werden ein nachsichtiges Auge haben, um zu verhindern, daß der Leid, welcher schon älteren Datums zu sein scheint, gelingt, nämlich eine Stärkung ihres Verbandes auf Kosten des unsrigen. Nach- dem der Kollege Waithe noch der Hoffnung Ausdruck gegeben für regen Versammlungsbetrieb und rege Mitarbeit seitens der Kollegen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Potsdam. Am 13. Oktober tagte im nahe Borsnied eine Besprechung mit den am Orte wohnenden Verbands- genossen. Kollege Elbert erläuterte in eingehender Weise die heu- tigen Zustände im wirtschaftlichen Leben und die Ursachen der Arbeitslosigkeit, welche heute grassirt. Wollen die Arbeiter sich einigermassen gegen die Wirklungen der Krisen wehren, so ist es erforderlich, daß sie sich der Organisation anschließen und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. — Nachdem noch einige Kollegen sich ausgesprochen, wurde beschlossen, in Bors- nied eine Zahlstelle unseres Verbandes zu gründen. Die am Orte wohnenden 60 Kollegen, die bereits der Zahlstelle Pots- dam als Mitglieder angehören, werden demnächst zusammen- kommen, um die Bevollmächtigten vorzuschlagen.

Waldheim. Am 5. Oktbr. tagte unsere Mitglieder-Verammlung, die einen Bericht des Bevollmächtigten über die Entwicklung der Zahlstelle seit ihrer Gründung entgegennahm. Die Bevoll- mächtigten wurden dann in Vorschlag gebracht. Zum Schluß erwähnte der Kollege Piech die Tugenden, immer fleißiger für Gewinnung neuer Mitglieder zu arbeiten und die Versamm- lungen zu besuchen, damit nützliche Beschlüsse gefasst werden könnten, denn solche seien mehr werth als das unfruchtbarere Gerede auf der Bierbank und den Fabriken.

Wandsbek. Im Lokale des Kollegen Behn tagte unsere Mitglieder-Verammlung am 9. Oktober. Zunächst machte der Bevollmächtigte Kollege Zimmermann bekannt, daß in diesem Jahre 23 Sitzungen stattgefunden haben, 11 kombinierte Vor- standssitzungen in Hamburg und 12 Versammlungen, wovon drei auf Hirschfelde entfielen. An Streifenunterstützung wurden 2966,50 Mark abgefordert. Mitgliederzahl am Jahreschlusse 912. — Die Abrechnung wurde von dem Kassierer vorgelegt und von der Versammlung genehmigt. — Als erster Bevollmäch- tigt wurde H. Zimmermann, als zweiter H. Frei und als dritter H. Schliemann gewählt; als Revisoren Griebel, Dühr- loop und Hamann. Den Bericht von der Konferenz gab der Delegierte. Den Kartellbericht erstattete Schliemann.

Briefkasten.

Wegen Raumangel mußte eine Anzahl von Einsendungen bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden. Wir bitten wiederholt, uns Berichte von Mitglieder-Verammlungen nur dann zuzusenden zu wollen, wenn interessante, das allgemeine Interesse erregende Verhandlungsgegenstände erledigt werden. Daß das Sachliegen der Bevollmächtigten und Revisoren, Vor- legen der Abrechnung oder die Beschlagfassung über Abhaltung eines Vergnügens und so weiter, Ereignisse sind, über die man berichten muß, das begreifen wir. Mit Gruß!
Die Redaktion.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittirt, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 16. Oktober folgende Beiträge ein:

Köpen 35,10	Jörby 17,20	Fiebrich a. M. 38,55
Söllingen 117,70	Dresden 139,25	Mittenberg 279,59
Züllchow 377,55	Rannburg a. S. 21,55	Waldorf 22,45
Brecht 150,10	Randshat 29,15	Nichtersleben 304,60
Roh- berg 277,76	Gimsbüttel 229,75	Potsdam 195,55
Rienburg an der See 117,41	Lehshausen 25,20	Koblenz a. S. 101,51
Sorlienheim 62,63	Offen 22,60	Dörsch 114,16
Geisshausen 60,45	Danzig 10,65	Bohlschappel 113,95
Quedlinburg 44,33	Osternied 157,72	Dietrich 12,40
Str. Salz 110,40	Romans 230,65	Friedenwalde 100,00
Siegen 17,00	Egtra 16,25	Bismarck 25,15
Winterhude 122,40	Bergedorf 653,01	Wedel i. S. 21,25
Mügel 37,50	Sügel 76,40	Halberstadt 339,05
Lehr 80,00	Gröbenhagen 57,50	Simtzen 139,00
Schmin 271,12	Stettin 324,70	Waldenburg 113,45
Ammen- dorf 72,70	Gillenburger 29,49	Str. Diersleben 29,84
Gröbenhagen 24,30	Geisshausen 280,59	Pöbeljuch 184,50
Rehseim 34,15	Nichtersleben 34,70	Stahlfeld 150,05
München 423,30	Rehseim 73,00	Kalle a. S. 297,65
Agendorf 137,25	Rehseim 12,20	Stettin 22,25
Rinden II 104,00	Ammen- dorf 31,00	Hannover 81,65
Rehseim 43,55	Helm- dorf 22,55	Rehseim 14,95
Gieken 14,40	Gröben 39,05	Lützen 25,30
Hainbacht 60,75	Cygan 15,90	Bregenz

Verantwortlicher Redakteur: August Breg, Hannover. Verlag von A. Schöberg, Hannover. Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

heim 100,40	Großlöhna 42,30	Strohhausen 19,15
Haberleben 160,10	Sommerfeld 60,05	Münden (Hannover) 17,62
Mündenheim 62,20	Bachnag 32,35	Offenberg 18,10
Berth 150,21	Hannoversdorf 95,25	Holenberg 81,95
Hohenmarsleben 35,95	Mühlend 4,95	Hoberhörnberg 30,30
Jagnd 2,75	Bentig 10,04	Stadtilm 88,69
Röthen 54,80	Brandis 88,43	Schöningen 58,56
Oberursel 66,40	Waltershausen 49,43	Seibrona 106,55
Wittenhorst 289,20	Widorf 302,75	Seligenstadt 49,30
Winterhude, Sektion der Bleicher, 282,05	Braunlage 17,45	Redaran 41,40
Gevelsberg 23,95	Sameln 43,39	Haffelbühl 114,65
Wollenbüttel 70,98	Delmenhorst 298,75	Stendal 19,30
Seide i. S. 24,37	Löpschin 264,25	Wintum 70,00
Mühlhausen 90,00	Marxhausen 1,00	

Schluß Dienstag, 28. Oktober, Mittags 12 Uhr.

Zur Beachtung!

Das Sekretariat des Verbandes der in der Papier-, Chemischen und Gummi-Industrie beschäftigten Arbeiter Oesterreichs befindet sich Wien VI, Stumpfergasse 1.

Max Fenchel, geboren am 12. Sep- tember 1860 in Wöhringen, Provinz Hannover, Buch- nummer 82 885, war in Frankenthal zweiter Bevollmächtigter, ist von da vertrieben, natürlich unter Mitnahme der Zahl- stelle und dem Verbande gehörenden Geldsummen. Einzelne Nachricht über den Verbleib des Betreffenden ist uns sofort zuzusenden.
August Breg.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

Buch Nr. 21 252. Johann K. J. C. geb. 18. 10. 1878 in Karna Jellah. Eingetretten am 16. 10. 1901.
57 965, lautend auf den Namen Philipp Gerrie, aus- gestellt in Mündenheim.
44 256, lautend auf Gottfried B. I. D. geb. 12. 1. 1869 zu Goldernitz jetzt wohnhaft Reuterstraße 11, S. 1 I, Ufenhorst, eingetretten am 22. April 1896 in Barmbed.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Agitationskommission für Sachsen II. Vertrauensmann Clemens Wadwig, Löhau, Reifewigerstraße 50 II. Kassierer A. Thieme, Schäferstraße 46 III.
Gau 13. Leonhard Böner, Hallstraße 21 I. Kassierer Karl Molt, Rosenaustraße 13 a I.
Gau 17. (Sitz Hamburg.) Frh. Borger, Vorsitzender, Rönndstraße 40, Keller. Friedrich Niemann, Kassierer, Bül- höfner Deich 56.
Hannover. (Sitz Halle.) Karl Scharf, Burg i. Aus. Vertrauensmann Clemens Wadwig, Löhau, Reifewigerstraße 50 II.
Düsseldorf. Peter Nährmann, Flurstraße 53.
Gimsbüttel. H. Denker, Fruchtallee 80, S. 4 II.
Gießen a. d. Ruhr. Ludwig Jordan, Freiheitsstr. 49 I.
Frankenthal. Christoph Schrand, Mühlstraße 16. Aus- zahlung der Reiseunterstützung sowie Verkehrslokal bei Karl Weiland, „Zur Stadt Nürnberg“.
Gevelsberg. Herm. Willes, Wilsperstraße 28.
Gotha. Wfr. Greif, Langenlauerstraße 27.
Hannau. (Gau 15.) Aug. Lindemann, Kirchgasse 29. Reisegeheim bei Philipp Kieselstein, Bogenstraße 15. Abends von 5 bis 7 Uhr.
Hannover. (Sitz D.) Otto Contentius, Ritterstraße 8 II.
Hedderheim. Joh. Weingärtner, Frankfurterstraße 20 I.
Malente. Emil Köstner.
Rannheim. Schauer, 4. Quersstraße 41.
Merseburg. Wilhelm Rath, Grünerstraße 4.
München. Joh. Staimer, Landsbergerstraße 128 I.
Oberursel. Wfr. Jörndler, Vorstadt 29.
Brecht. Wilhelm Plüß, Kronsburg 160.
Schwabach. Bernhard Kogreiß, Glodengiebergasse 1.
Schwerte a. d. Ruhr. Griebenbach, Kampffstraße 20.
Stahfurt. Gust. Kummer, Federstraße 17.
Weihenfeld. Reisegeheim wird ausbezahlt beim Kollegen Wfr. Kersch, Nikolaistraße 16, Mittags von 12 bis 1 Uhr, Abends von 7 bis 8 1/2 Uhr.
Winterhude - Eppendorf. Hans Jürs, Larpender- straße 53 I.
Wismar. Karl Gerlich, Georgenkirche 10.

Sterbetafel.

29 654 Karl Rieg, geboren am 17. August 1870, eingetretten am 15. Mai 1898, gestorben am 1. Oktober in Potsdam.
56 878. Julius Coers, geboren am 29. Juli 1868, eingetretten am 7. Mai 1899 in Knefeld, ge- storben am 18. September.
48 532 Friedrich Sperrau, eingetretten am 1. Dezember 1898, gestorben am 14. Oktober in Leipzig.
Egelhofer, Johann, geboren den 18. No- vember 1863, aufgenommen am 23. Juni 1899, gestorben am 10. Oktober 1901 in München.
35 502. Heinrich Dunkel, geboren am 18. November 1852, eingetretten am 15. März 1898, ge- storben am 23. September in Bernburg.
64 305. Adolf Duse, geboren am 14. Oktober 1865, eingetretten am 15. Juli 1899, gestorben am 3. Oktober in Bernburg.
3 393. Wilhelm Müller, geboren am 28. Sep- tember 1875, eingetretten am 1. November 1897, ge- storben am 24. September in Dieblich.
9 860. Marie Schmidt, geboren am 16. Jan. 1851, eingetretten am 16. März 1894, gestorben am 21. Oktober 1901 in Kellinghusen.
49 495. Julie Schröder, geboren am 13. Jan. 1844, eingetretten am 24. Februar 1899, gestorben am 3. Oktober in Glensburg.

Inserate.

Zahlstelle Ammendorf.
Da unsere Zahlstelle keine 10 Kilometer von den übrigen Zahlstellen entfernt liegt, so gelangt hier Reisegeheim nicht mehr zur Anzahlung. [1,05 Mt.]
Unserem treuen Verbandskollegen Heinrich Cott zu seiner Silberhochzeitfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Barmbed.

Mitglieder-Verammlung am Mittwoch, N. 18. No- vember, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Warg Graf, Ecke Dieblich- und Defentstraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. [1,05 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 9. November, Abends 8 Uhr, feiern wir im Lokale „Fischbühnen“, Mülkerstraße 142, unser

5. Stiftungsfest

bestehend in Konzert und Theater der berühmten Gesellschaft Strazewicz. Nach der Vorstellung Lang, Billets 25 Pf. Hier- zu laden freundlich ein
1,50 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

Das tiefste Beileid bezeugen dem braven Kollegen Eduard Schmann beim Ableben seiner lieben Frau
Die Mitglieder von Danzig und Umgebung.
60 Pf.]

Zahlstelle Hof.

Unserem Kollegen Karl Rudebeckel nebst Braut zu ihrer am 28. d. M. gefeierten Hochzeit die besten Glückwünsche.
75 Pf.]
Die Kollegen der Zahlstelle Hof.

Zahlstelle Kellinghusen.

Am 20. Oktober verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, Kollegin Frau M. Schmidt, geb. Kops. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
90 Pf.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Marckstadt.

Unserer lieben Genossin, der Frau
Agnes Walther
zum Geburtstag ein dreifaches Hoch. [1 Mt.]
Die Genossen.

Zahlstelle München.

(Sektion der städtischen Arbeiter.)
Sonntag, den 3. November, Mitglieder-Verammlung im „Heimgarten“. Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Verbandsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig.
J. A. Seidel.

Zahlstelle Nowawes.

Am 9. Oktober verschied nach langer, schwerer Krankheit unsere Kollegin Anna Fieber im 50. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!
Die Mitglieder der Zahlstelle Nowawes und Umgebung.
1,65 Mt.]
Unserem Kollegen Wilhelm Randsfuß zu seinem Hochzeit- feste die besten Glückwünsche.
Unserem Kollegen Fritz Puhlmann die besten Glückwünsche zu seinem Hochzeitfeste.

Zahlstelle Rothenburgsort.

Unserem Kollegen S. Sanders und Frau zu ihrer am 8. November stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
90 Pf.]
Die Mitglieder der Zahlstelle Rothenburgsort.

Zahlstelle Seligenstadt.

Unser werther Kollege Franz Alder verunglückte am Dienstag, den 16. Oktober, im Steinbruch, wodurch sein sofortiger Tod herbeigeführt wurde. Ehre seinem Andenken!
190 Pf.]
Die Kollegen der Zahlstelle Seligenstadt.

Zahlstelle Seligenstadt.

Die Mitglieder machen mir auf die Generalversammlung, welche Sonntag, den 3. November, stattfindet, aufmerksam. Hauptpunkt der Tagesordnung: Vorschlag der Bevollmächtigten.
90 Pf.]
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Tegel.

Sonnabend, den 9. November, findet unser
II. Stiftungsfest
in Trapp's Festhale, Bahnhofstraße, statt, verbunden mit humoristischen Vorträgen und Tanz. Anfang 8 Uhr.
1,20 Mt.]
Das Komitee.

Zahlstelle Waiblingen.

Dem Kollegen
August Häcker
und seiner lieben Frau Marie geb. Kappel, die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu ihrer stattgefundenen Hochzeit.
1,20 Mt.]
Die Kollegen der Zahlstelle Waiblingen.

Zahlstelle Züllchow.

Unsere nächste Mitglieder-Verammlung tagt Sonntag, den 10. November, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schmentel, Frauenhof. Die Kollegen werden ersucht, hierzu vollzählig zu erscheinen.
[1,05 Mt.]
Die Bevollmächtigten.

E. Knobelsdorf, Gesangs- u. Charakter-Komiker

Rannburg a. S. Speckerei Nr. 15,
empfiehlt sich (mit gutem Klavier) allen Zahlstellen und Vereinen zur Ausführung von humoristischen Familien- und Konzert-Abenden, mit gutem, gelegentlichem Programm.
Zu 6 Stunden oder 7 1/2 5500 organ. Ar- beiter in kurzer Zeit erlernen. Deutsches Stenographie-System Arndts unterrichtet.

Der Deutsche Arbeiter-Stenographenband
erhält überall hin unentgeltlichen brieflichen Unterricht.
Preis der Schreibmittel (ausgleich zum Selbstunterricht) nur 1,10 Mt.

Ein jeder Teilnehmer erhält das Buch: „Die Notwendigkeit der Stenographie in der modernen Arbeiterbewegung“
Friedrich Dönnicke, Mühlhausen i. Th.

Stomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Hauswerter und Künstler, mit Eisenbahn- und Begleitern von Deutschland und angr. Ländern. 366 Seiten geb. 1,20 Mt. Zu beziehen durch alle Buchhandl. oder gegen Einsendung 1,40 Mt. von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.